

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934 1923

61 (28.5.1923)

23.
erein
ei und
eines
erzeugt
nd all
auf's
er Bitte
er bei
liegt.
ft
ungs-
k- und
nheim.
tz
Jhr.
N.
067.
besoi-
wahrh.
a Bren-
el.
von
en
en,
g.
haus

Erscheint
Montag, Mittwoch und
Freitag.
Bezugs-Preis:
Durch die Post bezogen und durch
den Briefträger u. unsere Austräger
ohne Beheiliggeld
monatlich 2700.— Mk.
Der Bezugspreis ist im Voraus zu
entrichten.
In Fällen von höherer Gewalt be-
steht kein Anspruch auf Lieferung der
Zeitung oder auf Rückzahlung des
Bezugspreises.
Geschäftszeit 7-5 Uhr, Sonntage
geschlossen.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. 11.
Postfach-Station
Kaiserstraße Nr. 6000.

Der Landbote

Sinsheimer Zeitung **1839**

General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal

Älteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt.

Anzeigen-Preise:
Anzeigen: Die 42 mm breite
Millimeter-Zeile 60.— Mk.
Reklamen: Die 87 mm breite
Millimeter-Zeile 180.— Mk.
Anzeigen mit Deckbrosche oder
Anschluß 180.— Mark Sonderbe-
stimmung. Alle Preise freibleibend.
Grundschrift im Anzeigen- und
Textteil ist Petit.
Bei Wiederholungen tarifierter
Anzeigen, die bei Nichtzahlung inner-
halb 8 Tagen nach Rechnungs-
datum oder bei gerichtlicher Be-
treibung und bei Konkurs nicht
abgemittelt sind, sind die Anzeigen
bestimmten Tages sowie für tele-
phonische Aufträge keine Gewähr
übernommen.
Anzeigen-Aufnahme bis 8 Uhr
vormittags; größere Anzeigen müssen
am Tage vorher aufgegeben werden

Nr. 61.

Montag, den 28. Mai 1923.

84. Jahrgang

Ein Zwischenspiel in Frankreich.

Rücktrittsgesuch Poincares.

In Paris hat sich über Nacht ein Zwischenspiel zugetragen, das sehr stark nach Komödie aussieht. Poincare hat in einer für Frankreich doch heute noch recht an der Peripherie liegenden Frage dem Senat gegenüber den starken Mann gespielt, sein Amt dem Präsidenten Millerand vor die Füße gelegt und sich von diesem das Entlassungsgesuch natürlich ablehnen lassen. Es handelt sich dabei um den Staatsprozeß gegen die Kommunisten Cachin und Genossen, mit dem auch der Fall Hülstein zusammenhängt. 8 französische Kommunisten sind des Anschlags gegen die Sicherheit des französischen Staates beschuldigt, den Kern bildet die Tätigkeit der französischen Kommunisten gegen die Ruhrbesetzung und gegen den Vertrag von Versailles. Für diesen Prozeß war der Senat als Staatsgerichtshof aufgegeben. Dieser beschloß aber nach einer 3/5-stündigen geheimen Sitzung mit 44 Stimmen Mehrheit, sich für nicht zuständig zu erklären. Darin sah nun Poincare, schon durch die schwache Mehrheit, mit der der Senat kurz vorher seine Sommerzeit genehmigt hatte, verärgert, ein Mißtrauensvotum und zog daraus die Folgerung.

Daß Poincare gleich das stärkste Register zog, mag damit im Zusammenhang stehen, daß jetzt aber seine Ruhrpolitik in der Kammer der stärksten Prüfung unterliegt, die sie bis jetzt durchzumachen hatte. Nicht als ob Poincare etwa daran gedacht hätte, durch die Hintertüre dieses Senatskonflikts der Verantwortung für den Marsch nach Essen zu entweichen, aber es mag ihm wohl möglich erschienen sein, mit einer starken, fast drohenden Geste zu versetzen zu geben, daß er nicht mit sich spielen lasse. Die Rede, die Poincare ein paar Stunden vor dem Beschluß des Senats in der Kammer gehalten hat, beweist, daß Poincare in seiner Ruhrpolitik auch nicht einen einzigen Pflock zurückzuziehen gedenkt. Auf diesem Wege der Gewalt kann er allerdings keine unklaren Zustände, keinen halben Glauben an sich und keine halben Freunde hinter sich brauchen. Und was er dem Senat zu verstehen gab durch das sofortige Rücktrittsgesuch, das galt wohl der Kammer. Genug Poincare berief noch abends 8 Uhr das Kabinett zusammen, das den gemeinsamen Rücktritt beschloß, da es durch den Beschluß des Senats außer Stand gesetzt wurde, der kommunistischen Machenschaften Herr zu werden. Als ob es in Frankreich nicht ordentliche und außerordentliche Gerichte genug gäbe, die der Regierung selbst wenn sie den schlimmsten Rechtsbruch fordert, zu willens sind. Man dürfe bloß ins Ruhrgebiet telephonieren. Dann begaben sich die Herrn sofort ins Elysee, wo Millerand ihnen die Meinung entgegenhielt, daß es sich bei dem ganzen Fall um eine juristische, nicht eine politische Frage handle, daß es im Grund ja gar nicht der Senat, sondern der oberste Staatsgerichtshof gewesen sei, der den Beschluß gefaßt habe. Nach den Pariser Berichten hätte der Präsident große Mühe gehabt, Poincare von seinem Beschluß abzubringen. Man wird das so zu verstehen haben, daß weniger Poincares Verbleiben als die Mittel, den Senat klein zu kriegen die Schwierigkeiten bereitet haben. Aber das Große ist gelungen: Frankreich und Poincare haben sich wieder!

Auf alle Fälle beginnt das Krisen um Poincare recht fühlbar zu werden. In Paris nimmt man offenbar die Sache doch ernst, wie die folgende jüngste Meldung vor dort beweist: Man erwartet mit einer gewissen Spannung, was der Kabinettsrat beschließen wird, den Poincare für Freitag morgen zu einer Sitzung einberufen hat. Poincare wird sich wahrscheinlich mit der einfachen Ablehnung seines Rücktrittsgesuchs durch den Präsidenten der Republik nicht begnügen, sondern sein Verbleiben an der Spitze des Kabinetts davon abhängig machen, daß der Senat das Verhalten der Regierung in der Frage des angeblichen Kommunistenkomplotts ausdrücklich durch ein Vertrauensvotum billigt. Für den Augenblick ist die Krise also nur vorläufig gelöst. In französischen politischen Kreisen herrscht die Auffassung vor, daß Poincare Ministerpräsident bleiben werde, daß aber sein Prestige durch den ablehnenden Beschluß des Senats sehr erschüttert ist. Man versichert, nur die Rücksicht auf die internationale Spannung habe Millerand veranlaßt, das Rücktrittsgesuch des Kabinetts nicht anzunehmen. Poincare wolle es allem Anschein nach auf eine Kraftprobe im Senat, der bekanntlich im Gegensatz zur Kammer eine radikale Mehrheit hat, ankommen lassen.

Poincare droht mit Krieg.

Paris, 25. Mai. Gestern nachmittag hat die Kammer die Debatte über die Ruhrpolitik fortgesetzt. Der sozialistische Abgeordnete Aurial griff die Politik Poincares stark an, erklärte jedoch, die französischen Sozialisten geben zu, daß Deutschland alles getan habe, um die Ausführung des Friedensvertrages zu verhindern. Die Ruhrbesetzung bezeichnete er als ergebnisloses Unternehmen und forderte eine Politik der Verständigung. Auf die Angriffe des Sozialisten erwiderte Poincare, nachdem er seine üblichen Bemerkungen für Deutschlands angeblich schlechten Willen vorgetragen hatte, wandte er sich an England mit dem Vorwurf, daß die englische Regierung durch ihre Politik der Absonderung den deutschen Widerstand ermuntere habe. Für Frankreich sei die Lage so, daß es im Ruhrgebiet warten könne, bis die Deutschen wieder Vernunft annehmen. Frankreich könne jedoch auch das Herannahen der Stunde des Nachgebens durch neue Zwangsmaßnahmen beschleunigen. Er, Poincare, werde Deutschland diese neuen Maßnahmen verkündigen, sobald er entschlossen sei, sie durchzuführen, vorher

werde er nicht davon sprechen. Die bis jetzt ergriffenen Maßnahmen würden Rücksicht auf die Alliierten und auf die Neutralen, Holland und Schweiz, enthalten. (Die neuen Maßnahmen enthalten also wohl diese Rücksichten nicht mehr. D. Schriftl.) Zweimal betonte Poincare, daß das Ruhrgebiet nur in dem Maße geräumt werde, in dem Deutschland zahle. Der deutsche Widerstand gegen den Ruhrreidruck sei eine Verletzung des Versailler Vertrages, weil der Vertrag bestimme, daß Deutschland eine Pfandnahme nicht als feindseligen Akt betrachten dürfe. Deutschland habe den Kriegszustand herbeigeführt, wenn Deutschland im Kriegszustand verbleibe, dann werde Frankreich danach handeln. (Das ist offene Drohung mit Krieg. Die Schriftl.) Poincare sagte dazu, er hoffe, daß er in diesem Punkt verstanden werde, im Hinblick darauf, daß eine neue deutsche Note erwartet werde. (Das soll heißen, entweder Verzicht auf den passiven Widerstand oder Krieg. Die Schriftl.) In Deutschland, so behauptet Poincare, gäbe es unberechenbare Erhebungen an Reichstümern. Es sei eine Lüge, daß Frankreich Eroberungsabsichten habe, es werde niemals einen territorialen Vorteil gegen den Willen der Bevölkerung verlangen. (Man beachte die Worte: gegen den Willen der Bevölkerung. Poincares Plan ist, der Bevölkerung am Rhein den Willen aufzuzwingen, den er für seine Absichten braucht. Die Schriftl.)

Deutschlands Reparationsleistungen.

Weit über 100 Milliarden Goldmark!

Berlin, 25. Mai. In ihrem letzten Halbjahresbericht gab die Reparationskommission die deutschen Reparationsleistungen bis zum 31. Dezember 1922 mit rund 8 Milliarden Goldmark an. In dieser Sitzung sind nur die Leistungen enthalten, die Deutschland auf Reparationskonto gutschrieben werden. Für diese Leistungen setzte die Reparationskommission zum Teil Summen ein, die weit unter dem wirklichen Werte liegen, so vor allem für die abgelieferten deutschen Handelsschiffe. Denn schon die auf Reparationskonto anrechnungsfähigen deutschen Leistungen stellen viel höhere Werte dar, als die von der Reparationskommission angegebenen 8 Milliarden. Daneben aber bewirkte Deutschland auf Grund des Versailler Vertrages zahlreiche weitere Leistungen. So wird beispielsweise das der Liquidation unterliegende deutsche Privateigentum im Auslande, das allein einen Wert von 11,740 Milliarden Goldmark darstellt, in der Aufstellung der Reparationskommission überhaupt nicht berücksichtigt. Solt die deutsche Gesamtleistung festgestellt werden, so müssen auch die Leistungen, die nicht auf Reparationskonto angerechnet werden, mit abgeführt werden. Eine solche Zusammenstellung der deutschen Gesamtleistungen ist in der vor einigen Monaten veröffentlichten Schrift des statistischen Reichsamts enthalten. In ihr sind die anrechnungsfähigen deutschen Leistungen an die Gegenseite seit dem Waffenstillstand bis zum 31. Dezember mit rund 42,78 Milliarden und die Gesamtleistungen Deutschlands mit weit über 50 Milliarden Goldmark angegeben ohne Berücksichtigung des Reichs- und Staatseigentums in Elsaß-Lothringen und den deutschen Kolonien, sowie des rein militärischen Rücklasses in sämtlichen Räumungsgebieten. Werden auch diese Zahlen in Rechnung gestellt, so belaufen sich die Gesamtleistungen Deutschlands aus dem Vertrage von Versailles auf weit über 100 Milliarden.

Entspannung in Lausanne.

Lausanne, 25. Mai. Heute vormittag hatten die drei alliierten Bevollmächtigten eine Besprechung mit Benizelos, in der sie den griechischen Delegierten auf die Gefahr irgendwelcher überführten griechischen Schritte eindringlich aufmerksam machten. Da auch heute keine Komiteesitzungen stattfanden, kann die Konferenz seit acht Tagen als suspendiert gelten. Immerhin hat der Beschluß der Alliierten, auf jeden Fall am Samstag eine offiziöse Sitzung mit den Griechen und Türken einzuberufen, eine leichte Entspannung der Lage gebracht. Die Griechen und die Türken haben die Einladung angenommen; die Sitzung soll morgen nachmittag 3 Uhr stattfinden. Einige Bestätigung hat die von Havas verbreitete „Matin“-Meldung hervorgerufen, wonach die Angora-Regierung die türkische Delegation aufgefordert haben soll, Lausanne zu verlassen, falls die Griechen die Reparationszahlungen ablehnen. In den Kreisen der türkischen Delegation erklärt man jedoch, daß man nichts von einem derartigen Beschluß wisse. Andererseits stehen die türkischen Delegationen in lebhaftem telegraphischem Meinungsaustausch mit der Angora-Regierung.

Die deutsche Antwortnote.

Berlin, 26. Mai. In parlamentarischen Kreisen rechnet man damit, daß die Beantwortung der Entente-Note Ende kommender Woche erfolgen kann.

Zu bindenden Garantien bereit.

Berlin, 26. Mai. Der Reichsverband der deutschen Industrie hat, wie wir erfahren, der Reichsregierung gestern nachmittag zur Kenntnis gebracht, daß die deutsche Wirtschaft bereit ist, diejenigen Garantien in bindender, demnächst auch gesetzlich festzulegender Form zu leisten, die zur Sicherstellung des ergänzten deutschen Angebots der Höhe und der Art nach erforderlich sind und auf die von der Gegenseite entscheidendes Gewicht gelegt wird. Ueber die ziffermäßige Grenze dieser Garantien kann aus begrifflichen Gründen zur Stunde noch nichts gesagt werden, sie wird aber mit den Summen übereinstimmen, die von der Reichsregierung nach gründlicher und sorgfältigster Prüfung und in Berücksichtigung aller vom Ausland erhobener Einwendungen gegen das deutsche Angebot für allenfalls trag-

bar gehalten werden. Mit dieser Erklärung des Reichsverbandes der beruflichen Vertretung der deutschen Wirtschaft, die, wie hervorgehoben zu werden verdient, kampfslos erfolgte, ist einer der wesentlichsten Punkte für die Erklärungen, die das Reich nunmehr den Ententemächten abgeben soll, in erfreulicher Weise zur Entscheidung gelangt.

Der Inhalt nach italienischer Quelle.

Rom, 26. Mai. Der Berliner Berichterstatter des Giornale di Roma drahtet über den Inhalt der neuer deutschen Note folgende Information: Das Dokument wird aus 3 Hauptpunkten bestehen:

1. wird erneut versichert werden, daß die im ersten deutschen Angebot genannte Ziffer die deutschen Höchstleistungen darstellt;

2. werden die Alliierten ersucht werden, sich über den Vorschlag zu äußern, um einer internationalen Schiedsgerichtskommission die Festsetzung der deutschen Zahlungsfähigkeit zu übertragen;

3. sollen die angebotenen Garantien für die 30 Milliarden diesmal genau präzisiert werden.

Inzwischen kämen die Verhandlungen der Regierung mit den Industriellen nicht vom Fleck. (Das ist nach den vorstehenden Mitteilungen nicht richtig. Schriftl.) In diplomatischen Kreisen Berlins sei man über die tatsächliche Wirkung eines solchen Dokuments sehr pessimistisch.

Staatliche Kriegsbesorgnisse.

Rom, 26. Mai. Die neue Rede Poincares hat hier in weiten Kreisen eine steigende Beunruhigung hervorgerufen. Die Gruppe von Industriellen, die, wie die Epoca schreibt, bereit wäre, die Unabhängigkeit Italiens um ein paar Tonnen Eisen oder Kohlen zu verkaufen, stehen andere gegenüber, die auch und hauptsächlich im nationalistischen Lager zu suchen sind und die ohne jede Zärtlichkeit für Deutschland in den französischen Expansionsplänen eine unmittelbare Bedrohung der italienischen politischen Ziele sehen. Idea Nazionale führt aus, wie gefährlich die Reise Fochs nach Osten für Italien werden könne, und die Epoca schreibt, es sei die Aufgabe des Marschalls Foch, in Warschau und Prag für einen neuen europäischen Krieg vorzubereiten, der mit einem Angriff gegen Rußland beginne und der Frankreich gestatten würde, ungehört weiter deutsches Gebiet unter dem Vorwand zu besetzen, daß Frankreich Hilfe bringen müßte. Die Zeitung kößt den Alarmruf aus, niemals habe Europa sicherer vor einer neuen kriegerischen Bedrohung gestanden als jetzt. Italien müsse sein Augenmerk in erster Linie auf die Adria und das Mittelmeer richten, denn, was auch immer geschehen möge, Italien müsse seine Sicherheit in der Adria suchen und einen slavischen Staatenbund vermeiden. Italien müsse ferner seine Expansionsfreiheit im Mittelmeer gegen jede Macht zu schützen suchen.

Der Kommunistenaufruhr.

Die blutigen Ereignisse in Gelsenkirchen liefern den erschreckendsten Beweis für die Unhaltbarkeit der Zustände, wie sie durch den Gewalteinbruch der Franzosen geschaffen worden sind. Es ist wirklich keine Redensart: die Franzosen sind an allem Schuld! Sie dringen herein und vertreiben die Schutzpolizei, selber aber rühren sie keinen Finger zur Verhinderung verbrecherischen Treibens. Ja sie schauen ihm mit teuflischem Behagen zu und übersehen listig die Gewehre, Karabiner und Maschinenpistolen in den Händen der Aufständischen, die in den Händen eines Schupo oder Selbstschutzmannes diesem mit Sicherheit sofortige Strafe der Verhaftung zuziehen würde. In Mülheim, wo auch Schutzpolizei vorhanden war, waren die Kommunisten nach 24 Stunden erledigt, jetzt in Gelsenkirchen können sie sich behaupten und eine unwürdige Kapitulation erpressen, weil keine bewaffnete Macht der geordneten Verwaltung zur Verfügung steht und natürlich auch nicht herbeigerufen werden kann, da die Franzosen sie niemals zulassen würden. Welcher Waffen es gegen Kommunisten bedarf, das wissen die Franzosen sehr gut, sie zeigen es in ihrer Heimat, wo sie die Führer einfach ins Gefängnis stecken, wenn sie der Staatsleitung unbehagen werden. In Gelsenkirchen aber haben nach Zeugnissen aus der Bürgererschaft und der Arbeiterchaft die französischen Truppen die Herbeiführung der jetzigen anarchischen Zustände unmittelbar begünstigt. Die proletarischen Hundstscharen wurden von den französischen Soldaten begünstigt und französische Offiziere haben die aufrührerische Menge zur Plünderung des Polizeipräsidiums geradezu ermuntert. Der stello Oberbürgermeister von Gelsenkirchen hat bei den französischen Befehlshabern Beschwerde dagegen erhoben, daß von den Franzosen Ordnungsmannschaften der Stadt tätlich angegriffen und Mitglieder des Selbstschutzes verhaftet worden sind. Der preussische Minister Severing aber kann nun sehen, welcher Art seine „politischen Kinder“, die Kommunisten, sind. Es klingt fast wie Entschuldigung und Reue, wenn er jetzt durch die Zeitungen verbreiten läßt, zahlreiches internationales Lichtesches Gesindel unterstütze die Ziele der deutschen und russischen kommunistischen Propagandisten, um im Trüben fischen zu können die Auflösung der Schutzpolizei mache es der preussischen Regierung unmöglich, den Ruhestörern wirksam entgegenzutreten. Dagegen seien sämtliche Behörden, insbesondere die Polizeibeamten des unbesetzten Gebiets angewiesen worden, mit allen Mitteln gegen etwa auftretende kommunistische Hundstscharen vorzugehen. Das wird allerdings sehr nötig sein, denn der Teilerfolg im Ruhrgebiet wird den „Propagandisten“ auch anderweitig Mut machen.

Die letzten Vorgänge.

Gelsenkirchen, 25. Mai. Anlässlich der Vorkommnisse der letzten Tage hat sich im Ruhrgebiet steigende Erregung unter

der Bevölkerung bemerkbar gemacht. Es ist selbstverständlich, daß die Arbeiterschaft in ihrer übergroßen Mehrheit das Treiben der Unruhestifter aufs entschiedenste mißbilligt. In verschiedenen Stellen wurden auch bereits Maßnahmen getroffen, um derartigen Ereignissen vorzubeugen und entgegenzuwirken. Trotz solcher Versuche zur Wiederherstellung ordnungsmäßiger Zustände ist die Lage nach wie vor ernst. Mit der Beunruhigung der Bevölkerung wächst auch die Erbitterung gegen die französischen Besatzungstruppen. Es wird keineswegs erwartet, daß die Truppen sich an der Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung beteiligen. Die Bevölkerung ist davon überzeugt, daß die Hauptschuld an den jetzigen Zuständen die Besatzungstruppen trifft. Die staatlichen und kommunalen Polizeiorganisationen zerfallen haben und nach wie vor die kommunistischen Fanatiker und das Großstadtgefindel durch ihr Verhalten begünstigen. In Dortmund ist es gestern zwischen Polizisten und kommunistischen Hundertschaften, die von Hörde anrückten, zu Zusammenstößen gekommen; die Hundertschaften wurden vertrieben. — In Witten und Buer kam es gestern ebenfalls zu Ansammlungen und Demonstrationen. — In Wattenscheid haben wilde Kontrollkommissionen versucht, die Preise herabzusetzen. Auch in Langendreer ist es zu Unruhen gekommen. — In Essen und Umgebung ist heute morgen alles ruhig. — In Dortmund findet heute morgen eine Versammlung der Metallarbeiter über die Lohnfrage statt. Ueber die Streiklage wird bekannt, daß im Dortmund der Besatzung die Besatzung von etwa acht Zehnen und mehr als dreißig Werken streiken. Auf dem Hörder Königswerk ist die Arbeitsniederlegung durch die Kommunisten erzwungen worden. Im Bochumer Bezirk traten die Besatzungen der Zechen Julius Philipp und Karl Friedrich in den Streik. Auf der Zeche Mont Cenis wurden die Bergarbeiter wiederum am Einfahren gehindert. Ebenfalls gestreikt wird auf den Zechen Konstanze Mansfeld und Planeten. — In Gelsenkirchen besteht noch Streikneigung, doch wurde die Arbeit bereits an einigen Stellen wieder aufgenommen. — Im unbefestigten Gebiet wird neu gestreikt auf den Zechen Sachsen und Raddob. Nach den bisher vorliegenden Nachrichten ist die Lage noch ungeklärt. Dagegen wurde auf den Zechen Carl und Viktoria die Arbeit wieder aufgenommen. Versuche, die Streikbewegung auch auf den Essener Bezirk auszudehnen, sind nach den bis zur Stunde vorliegenden Nachrichten nicht gescheit.

Die Zuziehung der Schupo von den Franzosen abgelehnt.

Düsseldorf, 26. Mai. Die von deutscher Seite bei den Franzosen erhobenen Vorstellungen um Zuziehung deutscher Schutzpolizei zur Niederwerfung des kommunistischen Aufstandes haben ein negatives Ergebnis gehabt. Der französische General hat es abgelehnt, die Erlaubnis zur Zuziehung der Schupo zu erteilen. Daraufhin wurde nochmals der Versuch unternommen, bei den Franzosen die Erlaubnis zur Unterbringung von Polizeibeamten nachzusuchen.

Generallstreik in Bochum?

Bochum, 26. Mai. In Bochum sind sämtliche Geschäfte und Wirtschaften geschlossen. Wie verlautet, soll auch in allen Betrieben die Arbeit niedergelegt worden sein. In Rothhausen hat sich der Selbstschutz aufgelöst. Kommunisten haben die Privatwohnungen vergeblich nach den Listen des Selbstschutzes durchsucht.

Die Unruhen.

Essen, 25. Mai. Die Lage in den Unruhegebieten wird dadurch erschwert, daß die Arbeitseinstellungen wegen Lohnstreitigkeiten immer mehr an Ausdehnung gewinnen. Auf allen Zechenanlagen des Gelsenkirchener Bezirkes ruht die Arbeit; auch in Dortmund sind zahlreiche Werke stillgelegt. In Düsseldorf streiken die Arbeiter der Gas- und Elektrizitätswerke. Die Arbeitseinstellung erfolgte vielfach durch Zwang der Kommunisten. Die Plünderungen in Gelsenkirchen haben noch nicht aufgehört. Essen ist noch ruhig; eine Versammlung ist ohne Störung verlaufen. Der Bevölkerung des Ruhrgebietes hat sich eine steigende Erregung bemächtigt. Mit der Beunruhigung der Bevölkerung steigt auch die Erbitterung gegen die französische Besatzungsbehörde. Die Bevölkerung ist davon überzeugt, daß die Hauptschuld an den jetzigen Zuständen die Besatzungstruppen trifft, die die staatlichen und kommunalen Polizeiorganisationen zerfallen haben und nach wie vor kommunistische Fanatiker und großstädtisches Gefindel durch ihr Verhalten begünstigt.

Furchtbare Bluttat der Kommunisten.

Essen, 25. Mai. Im Gelsenkirchener Bezirk werden die kommunistischen Verfolgungen der Mitglieder des Selbstschutzes fortgesetzt. In zahlreichen Wohnungen suchten die Kommunisten nach der Mitgliederliste des Selbstschutzes. Einem Gelsenkirchener

Kaufmann, der Mitglied des Selbstschutzes war, wurde in Gelsenkirchen von zwei Kommunisten auf offener Straße mit einem Rasiermesser der Hals durchgeschnitten. Die Arbeiterschaft des Essener Bezirkes gegen einen Generallstreik. Essen, 25. Mai. Die kommunistischen Treiberien im Ruhrgebiet dauern fort. Es hat aber den Anschein, als ob es den kommunistischen Leitern nicht gelänge, den Aufruhr auf den ganzen Ruhrbezirk auszudehnen. Im Anschluß an die gestrigen Demonstrationen der Kommunisten in Essen fand heute in Essen ein Betriebsrätekongreß des Essener Bezirkes statt, wobei die kommunistischen Redner für den Generallstreik nach dem Muster von Gelsenkirchen eintraten. Die große Mehrheit der Betriebsräte berückte jedoch, daß in den Werken keine Neigung für einen Streik bestünde und daß die Delegierten angesichts dieser Stimmung in der Arbeiterschaft nicht in der Lage seien, sich für einen Streik einzusetzen.

Ein Hilferuf der freien Gewerkschaften.

Dortmund, 25. Mai. Die freien Gewerkschaften haben nachfolgendes Telegramm an die Sozialistische Arbeiterinternationale in Hamburg gerichtet: „Ruhrbesetzung verschärft wirtschaftliche Notlage und begünstigt Revolten. Blutige Kämpfe an mehreren Orten. Chaos unvermeidlich, wenn nicht alsbald Intervention.“

Für 50 Milliarden Mark Schaden in Gelsenkirchen.

Gelsenkirchen, 26. Mai. Die Stadt zeigt äußerlich wieder ein ruhiges Bild. Der Ordnungsdienst wird von der aus den Arbeitergewerkschaften gebildeten Sicherheitswehr in Stärke von 400 Mann versehen, außerdem aber auch von den kommunistischen Hundertschaften. Teilweise ist es indessen bereits zu Gegenständen zwischen den beiden Gruppen gekommen da die Kommunisten sich weigerten, die Gewerkschaften an der Ordnungsdienst teilnehmen zu lassen. Die wilden Eingriffe in den Lebensmittelgeschäften, die ihre Preise unter der kommunistischen Kontrolle herabsetzen mußten, ebden bereits ab, da die Geschäfte teilweise ausverkauft sind und ihre Inhaber wenig Neigung haben, die Bestände unter diesen Umständen wieder aufzufüllen. Ueber den Schaden, der durch die Plünderungen der letzten Tage angerichtet wurde, erhält man erst jetzt ein klarer Bild. Von kompetenter Stelle werden die Verluste auf mindestens 50 Milliarden geschätzt. Der Streik auf den Zechen ist allgemein, indessen macht sich wegen der Unklarheit der ausgegebenen Streikparole unter den Bergleuten bereits eine starke Mißstimmung fühlbar. In Bochum wurden gestern nachmittag von Demonstranten sämtliche Zeitungen gestürmt.

Unter der Fremdherrschaft.

Martyrerdul.

Düsseldorf, 26. Mai. Heute morgen ist der wegen angeblicher Spionage verurteilte Schlagetter von den Franzosen erschossen worden. Die Hinrichtung ist heute früh 4 Uhr am Rande des Friedhofes von französischem Militär durch Erschießen vollstreckt worden. Wie verlautet, ist Schlagetter erst um 3 Uhr morgens Mitteilung von seiner bevorstehenden Hinrichtung gemacht worden und soll völlig gefast in den Tod gegangen sein. Anwesend bei der Hinrichtung waren sein Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Sengstock und zwei katholische Geistliche.

Der Vollzug der Todesstrafe an dem deutschen Kaufmann Schlagetter stellt einen Höhepunkt der französischen Gewaltmaßnahmen dar.

Er ist nicht wieder gut zu machen. Alle anderen Strafen lassen sich aufheben, zurückziehen, im Notfall mit Geld ausgleichen — diese nicht. Das ist das menschlich Furchtbare und zugleich das politisch Ungeheuerliche an dieser Exekution. Was Schlagetter getan — Gefährdung eines Eisenbahntransports — war an sich eine strafbare Handlung. Aber kein Strafgesetz der Welt, nur ein militärischer französischer Kriegsartikel konnte darauf die Todesstrafe setzen. Nur ein deutsches Gericht hatte das Recht, über Schlagettters Strafbarkeit zu urteilen. Der Spruch zweier französischer Kriegsgerichte ist ein Verbrechen gegen das Recht, der Vollzug der Todesstrafe häuft zur rechtlosen Gewalt die Unmenschlichkeit.

Protest gegen die Vollstreckung.

Düsseldorf, 27. Mai. Der Stellvertretende Regierungspräsident Dr. Duttenbeck hat gegen die Vollstreckung des Todesurteils an Schlagetter beim General Denyignes Protest eingelegt. In dem Schreiben heißt es: Diese Nacht hat die französische Militärjustiz das von ihr unerklärlicher Weise ausgesprochene Todesurteil an Schlagetter vollziehen lassen. Dieser Justizmord an einem vaterlandsliebenden Manne wird nicht

nur die deutsche Bevölkerung, sondern auch die übrige Welt mit Abscheu und Erbitterung erfüllen und im Rheinland unverzüglich bleiben. Es gibt kein Recht der Welt, das einer fremden Macht gestattet, über Leben und Sein eines Angehörigen einer anderen Nation im Hoheitsgebiete dieser Nation zu richten. Gegen diese völkerrechtswidrige Erschießung Schlagettters erhebe ich hiermit nachdrücklich Protest und behalte meiner Regierung alle weiteren Schritte in dieser Angelegenheit vor.

97 Milliarden!

Essen, 27. Mai. Die Beute, die den Franzosen gestern in der Reichsbankstelle in Essen in die Hände gefallen ist, ist noch größer, als man gestern abend aus den unbestimmten Gerüchten, die darüber im Umlauf waren, vermuten konnte. Nach den bisherigen Feststellungen sind mindestens 97 Milliarden Mark von den Franzosen erbeutet worden. Auf dem Platz vor der Reichsbank liegen noch immer drei Tanks, die das Gebäude vor Ueberrassungen sichern. In der Reichsbank selbst liegt noch die französische Wache, die gestern den Beutezug unternahm.

Neue Druckmittel.

Paris, 26. Mai. Nach einer Havasmeldung aus Koblenz hat die Interalliierte Rheinlandkommission im Einvernehmen mit General Degoutte beschlossen, in Sabotagefällen die Requisition des nötigen Personals und Material für die Wiederherstellung der zerstörten Eisenbahnkörper, Brücken und dergleichen zu gestatten. In der Begründung erklärt Havas diese Wiederherstellungsarbeiten als eine neue Sanktion, deren Kosten voll zu Lasten der deutschen Verwaltung fielen, da die Zerstörungen von deutscher Seite vorfänglich begangen wurden.

60—70 Milliarden beschlagnahmt.

Aus dem Ruhrgebiet, 26. Mai. Die Franzosen beschlagnahmten bei ihrer heutigen Besetzung der Essener Reichsbank etwa 70 bis 75 Milliarden Mark.

Eine neue Verkehrsbehörden.

Paris, 25. Mai. Die Rheinlandkommission hat nach einer Meldung aus Koblenz eine strengere Überwachung des Autoverkehrs angeordnet. Jeder, der mit Automobil oder Motorrad im besetzten Gebiet reisen will, muß die besondere Erlaubnis der Delegierten der rheinischen Oberkommission besitzen. Des weiteren ist ab 1. Juni für den Transport mit Bremsmaterial ein besonderer Verkehrschein erforderlich. Wer dagegen verstößt, hat die Beschlagnahme des Fuhrwerks und der Ladung zu gewärtigen.

Die neuen Zwangsmaßnahmen.

Paris, 25. Mai. Die von Herrn Poincaré gestern in der Kammer angekündigten neuen Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland haben nicht lange auf sich warten lassen. Die Interalliierte Rheinlandkommission kündigt heute die Ausweisung von neuerdings 585 größtenteils der Eisenbahnverwaltung angehörenden deutschen Beamten an. Sie hat ferner angeordnet, daß ab 1. Juni von allen Kohlen- und Rosttransporten im besetzten Gebiet ein besonderer Passierschein eingeholt werden muß, widrigenfalls die Sendungen der Beschlagnahme verfallen. Ein drittes Dekret endlich ermächtigt die Besatzungsbehörden zur Requisition von Arbeitskräften, Pferden und Material für Wiederherstellung durch Sabotage zerstörter Anlagen.

Ausweisung deutscher Lehrer.

Frankfurt, 26. Mai. Die „Frk. Ztg.“ meldet aus Wiesbaden: Mit der Ausweisung von Lehrpersonen fahren die Franzosen in der rigorosesten Weise fort, es sind bisher hier ohne Ausnahme ganz unpolitische Persönlichkeiten gemeint, die die Heimat verlassen mußten. Die Franzosen erklären ganz offen, daß die deutschen Lehrer entfernt werden müßten, da das Rheinland ja doch französisch werden würde. Heute wurden die Studienräte am städtischen Gymnasium Wolff und Hollack ausgewiesen. Nach der Ausweisung des Fortrittes Mauer ist nur noch ein einziger höherer Fortbezieher bei der hiesigen Regierung tätig. Neuerdings erscheinen nach dem Ausweisungsbefehl in den Eisenbahnerwohnungen sofort französische Kriminalbeamte, die ein Verzeichnis der Sachen aufnehmen, die in der Wohnung als beschlagnahmt zurückbleiben müssen. Verlangt werden vor allem Betten mit zweimaligen Bezügen, Wäsche Glas und Porzellan. Dadurch, daß sie ihre Arbeiter hier in gute Räume mit guter Ausstattung unterbringen können, finden die Franzosen leichter als bisher Arbeit, die aus Frankreich ins besetzte Gebiet gehen.

Schicksalswende.

Roman von A. Klinger.

27) Nachdruck verboten.
 War da etwas vorgegangen, wovon nur Franz wußte? Ein unbestimmter Verdacht stieg in der Dame auf. Doch sie wies ihn sogleich wieder von sich. Noch weniger wollte sie denselben aussprechen. Wozu hätte es auch genützt?
 Wenn Franz das Testament, von welchem Hubert Wenddorf sprach, wirklich entwendet oder vernichtet hatte, wer wollte ihm dann etwas beweisen?
 Frau von Herbst war das weitgeöffnete Fach aufgefalle, das sich nicht wieder schließen ließ. Es mochte ein Geheimnis sein. Wer aber wollte behaupten, daß Franz es geöffnet hatte, das konnte ebensogut durch Herrn Harnisch gesehen sein. Nein, sie wollte die Brandfackel des Mißtrauens nicht entzünden. Ihrer Ansicht nach wäre dadurch nichts, rein gar nichts erreicht worden.
 Hubert erzählte: „Als ich Dein Telegramm erhielt, Lieblich, hatte ich gerade eine Unterredung mit meinem Vater gehabt. Er sendet mich mit einem Auftrag an eine befreundete Firma in W. Da konnte ich den Absteher hierher ohne weiteres riskieren. Wenn ich mich meiner Mission erst morgen entledige, so ist eine Panne schuld daran. Mein Chauffeur ist verschwunden, der plaudert nichts aus.“
 Frau von Herbst konnte gegen Almidas Entschluß, sich als Gesellschafterin bei Frau Wenddorf zu melden, nichts einwenden. Gern hätte sie ihren Lieblich zu ihrer eigenen Stütze und Freude behalten, doch stand sie gern zurück, wenn Almidas Gelegenheit geboten wurde, sich ihr Glück zu schmieden.
 Sie besprachen noch dies und jenes, und dann gingen die drei zu dem Toten.
 Ein erster, vorwurfsvoller Ausdruck, den man früher nicht an ihm kannte, prägte sich in dem bleichen Gesicht aus.
 „Nielleicht hat Papa zuletzt noch um Hilfe gerufen,“ sagte Almidas nachdenklich, „und keiner hat ihn gehört.“ Sie ahnte nicht, wie nahe sie damit der Wahrheit kam.
 Hubert zog sie eng zu sich heran. „Hier, in Gegenwart

des Toten gelobe ich Dir, so viel Glück für Dich zu erringen, wie die Erde zu vergeben hat. Immer sollst Du mein Liebliches, meine Sonne bleiben, die mein Leben reich und mich selig macht. Nur jetzt, vorläufig, müssen wir uns trennen. Mein Vater wünscht, daß ich in Süddeutschland in einem ihm befreundeten Hause arbeite, und ich widersetze mich ihm nicht, um seinen Argwohn nicht erst zu wecken. Wir sind noch jung, Almidas, wir können warten. Und die Zeit wird kommen, wo es keine Trennung mehr für uns gibt, wo wir immer beieinander bleiben, wo Du mein geliebtes Weib bist und in Deiner eigenen Häuslichkeit waldest.“
 „Bis dahin ist es weit, Hubert. Und wenn Deine Eltern mich nicht wollen? Wenn jetzt eben, in dieser Stunde schon eine Gesellschafterin angenommen wurde?“
 „Wir wollen es abwarten, Herzlieb, und wir wollen jetzt Abschied nehmen von dem guten Papa, damit wir nichts veräümen und später uns keine Vorwürfe zu machen haben.“
 Sie hielten noch eine kurze stille Andacht, schluchzend sank Almidas vor der Hülle des Vaters zusammen, aber ihre Tränen flossen linder als vorher, sie war ja nicht schuldlos, Huberts starker Arm hielt und stützte sie, und seine Liebe räumte ihr jeden Stein aus dem Wege.
 Noch heute sollte die Leiche des reichen Handelsherrn aufgebahrt werden. Wenn Almidas zurückkam, dann war die sterbliche Hülle des Vaters ihr noch weiter entrückt als jetzt, wo er in seinen Kleidern, die er bis zum gestrigen Tage getragen, vor ihr lag.
 Sie lief in den Garten, schnitt ein paar der schönsten weißen Rosen und legte sie dem Toten auf die Brust.
 Dann nahm sie Hut und Mantel und verabschiedete sich von Frau von Herbst.
 Als sie im Auto saßen, dachten sie beide, daß dies ebenso gut ihre Hochzeitsreise sein könnte. In schweigendem Vertrauen drückten sie sich die Hände, wobei Almidas gar lieblich erötete.
 Der Wagen raste mit größter Fahrgeschwindigkeit dahin, Wälder und Ortschaften, Wiesengelände und Berge blieben zurück. Eine lustige Fahrt hätte es sein können, wenn nicht

die Trauer um den Dahingeschiedenen und die Sorge um die Zukunft gemessen wäre, die Hubert mehr Gedanken machte, als er Almidas zeigen mochte.
 Sein Vater verlangte, daß er sich aus den Finanzkreisen eine reiche Frau nahm, damit das Geschäft erweitert werden könne. Geld sollte zu Geld kommen, so war es von jeher üblich gewesen bei den Wenddorfs, so sollte es bleiben.
 Doch nicht nur reich mußte die junge Frau sein, sondern auch von vornehmer Geburt, mit ihrer Herkunft, ihrem Namen mußte man den Geschäftsfreunden imponieren können.
 Und hier saßen zwei Hand in Hand, still und traurig, die Herzen darger Ahnungen voll, und doch entschlossen, sich niemals zu lassen, sondern auszuhalten, wie alles auch kommen möge.
 12. Kapitel.
 „Draußen ist wieder ein Fräulein, welches sich als Gesellschafterin der gnädigen Frau vorzustellen wünscht,“ sagte der grauköpfige Diener Wilim zu Herrn Wenddorf, welcher seine Zeitung las, „aber sie ist zu elegant und zu hübsch, es wird nichts für uns sein.“
 Vergerlich legte Hubert Wenddorf die Zeitung aus der Hand. Auf seiner Stirn zeigten sich rote Flecke. „Ja, glaubst Du, daß die gnädige Frau zu ihrer Gesellschafterin ein Aufgeputzelt oder eine Vogelscheuche wünscht? Führe die Dame herein!“
 Es war Almidas.
 Ihr Herz klopfte bange. Hubert hatte sie darauf vorbereitet, daß sein Vater sie empfangen werde. Auch mit Eigenheiten des Hausherrn hatte er sie bekannt gemacht.
 Das alte villenartige geräumige Haus der Wenddorfs war dunkel und verbaut, und doch mußte es Almidas traut und heimlich an. Ueber diese dicken Läufer und knarrenden Dielen waren Huberts Füße geschritten, hier sollte einst auch ihre Almidas, Heimat sein. Wieviel sie doch an diesem einzigen Tage durchlebte! Wie Trauer und schmerzliches Weh sie bekommen machten und zugleich schrankenloses Glück sie durchbelebte, wie heiß und flehend sie wünschte, hier bleiben, Huberts Eltern umgeben, ihre Zuneigung, ihr Wohlwollen erringen zu dürfen?
 Almidas bewegte sich mit natürlicher Sicherheit.

Beseitigung der deutschen Verwaltung.

Frankfurt a. M., 27. Mai. Nach einer Bekanntmachung des Generals Degoutte sollen sämtliche Eisenbahner, die sich nicht innerhalb zweier Tage der französischen Eisenbahnregie zur Verfügung stellen, ausgewiesen werden, soweit sie das 60. Lebensjahr nicht vollendet haben.

Deutschland soll verrichtet werden.

z) Auf dem Kongress der vereinigten katholischen Verbände Belgiens äußerte der Minister des Auswärtigen Jaspar in einer Rede:

„Wir werden das Ruhrgebiet nicht räumen bevor die Reparationen bezahlt sind. Die Zahlung soll nach der wirtschaftlichen Lage erfolgen, aber es gibt ein Minimum, unter welches wir nicht gehen können, denn wenn ein Staat zu Grunde gehen soll, so wollen nicht wir dieser Staat sein!“

Was man uns zu bieten wagt!

z) Unter dieser Überschrift schreibt der „Rheinische Beobachter“. Die Propaganda im besetzten Gebiet scheint den Franzosen nicht mehr zu genügen. Im Wortraum des französischen Generalkonsulats zu Berlin in der Matthäikirchstraße liegen französische Schriften aus, die in geschäftlicher Weise die Politik der deutschen Regierung angreifen und Frankreichs Vorgehen als durchaus berechtigt und ehrenhaft hinzustellen versucht.

Ein Sozialdemokrat gegen den Marxismus.

Heraus aus dem Turm des Marxismus! Das ist die Parole immer wieder denkender Köpfe in der deutschen Sozialdemokratie. Mit besonderem Eifer predigt schon seit längerer Zeit Dr. Alfred Striemer den Gedanken einer Reform des Sozialismus, und zwar in dem Maße, daß er neuerdings das Opfer seiner Ueberzeugung geworden ist.

„In immer weiteren sozialistischen Kreisen fühlt man deutlich, daß mit dem Marxismus Sozialismus nicht weiterzukommen ist, daß der Sozialismus die Kinderschuhe ausgetreten hat und in das selbstschöpferische Mannesalter eintreten muß.“

Striemer erblickt auch bei den Arbeitnehmern überall Gährung, Ringen, Unsicherheit, Ziellosigkeit; er hofft aber auf Ueberwindung dieses Zustandes und erwartet von der Einsicht der sozialistischen Arbeitnehmerschaft, daß sie ernstlich an die Reformen ihrer marxistischen Einstellung herangehe.

Mag Striemer auch jetzt der Opposition haben welchen müssen, er ist schon längst nicht mehr die eine Schwalbe, die noch keinen Sommer macht. Wie er, so denken heute schon viele und nicht die unfähigsten Sozialisten, die zugleich die jungen und aufstrebenden Elemente sind.

Der Ehrgeiz über dem Vaterland.

Der Salonsozialist Breitscheid, der seit Jahren den verkannten Staatsmann spielt, hat wieder einmal seinem Bedürfnis nachgegeben, von sich reden zu machen.

Welen Punkten der Kritik seiner eigenen Person ähnlich. Der Ton der Curzonschen Note sei sehr scharf, aber das Wesentliche an ihr sei, daß sie die Richtung angebe, die Deutschland einnehmen soll.

Breitscheid und seine Genossen sind nämlich schuld daran, daß Cuno sich entgegen anderer Ratschläge entschloß, 30 Milliarden als Gesamtsumme anzubieten.

Unsere Wirtschaftslage.

Ueber unsere Wirtschaftslage macht Landtagsabg. R. Freudenberg in der Neuen Bad. Landesz. folgende interessante Ausführungen:

Es ist zur Zeit schwieriger denn je, ein Urteil über die derzeitige Wirtschaftslage abzugeben. Noch viel schwieriger ist es, einen Ausblick in ihre zukünftige Gestaltung zu finden.

Die Fete, vom Kleinen und Einzelnen aufbauende Arbeit ist abgelöst durch die Spekulation, die an sich dem ernsthaften Gewerbetreibenden und Kaufmann fern liegt.

Diese Leute verdienen eigentlich nicht mehr die Beziehung Kaufleute oder Industrielle — bange vor einer Besserbewertung der Mark wert ja dann ihre Spekulation schief geht; ja, sie waren die Hauptgegner der Markstabilisierung, weil dadurch ihre Geschäftsbasis zerschlagen wird.

In diesem Zusammenhange darf ich darauf hinweisen, daß die Reichsbank wohl besser daran täte, nicht ihren Diskontsatz weiter zu erhöhen sondern eine Geldwertungsklausel einzuführen.

Wir werden einschränken müssen und sehr genau kalkulieren lernen. Der Schein der Blüte wird fallen, und viele, die sich heute groß dünken — und zum Vergern ihrer Mitmenschen auch noch darnach aufsetzen — werden dann gar klein und häßlich sein.

Das Hauptargument, das ich zugunsten des Schuldenmachens gelten lasse, ist das der Arbeitsbeschaffung. Wenn nur nach Weggabe der eigenen Mittel gearbeitet wird, ruht ein eingeschränkter Wucher; das bedeutet Arbeitslosigkeit.

Der Alb der drohenden Arbeitslosigkeit liegt auf den denkenden Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Wenn er Gemeingut geworden ist, wird er manche Verständigung erleichtern.

Der Schein der Blüte wird aus den Gründen, die ich dargelegt habe, fallen; daß wir uns der Scheinblüte nicht mehr gar zu lange erfreuen, dafür sorgen Frankreich und England.

Eine neue Gefahr.

Berlin, 24. Mai. Die Verelendung der deutschen Mark macht immer riesigere Fortschritte, und dieser Prozeß bringt nicht nur die handgreiflichsten Gefahren einer wahnwitzigen Preissteigerung und eines disziplinlosen Lohnkampfes, von dem es dann nur noch ein Schritt zu solch chaotischen Vorgängen ist, wie wir sie jetzt in Dortmund und Gelsenkirchen mit ansehen müssen, sondern noch viel weitergreifende dunkle Gefahren, die über unseren wirtschaftlichen Bestand besorgniserregende Schatten werfen.

Die Auswirkungen der Brotpreiserhöhung.

Berlin, 25. Mai. Der Reichsarbeitsminister wird umgehend mit den beteiligten Kreisen über die Auswirkungen der im Juni bevorstehenden Brotpreiserhöhung beraten, insbesondere ihre Folgen für den Haushalt der Arbeitnehmer feststellen.

Gegen den Wucher.

Berlin, 26. Mai. Im Hinblick auf das Steigen des Dollars wurden, wie der amtliche preussische Pressedienst berichtet, die Polizeibehörden erneut angewiesen, den Bekämpfung des Wuchers ihre ganze Kraft zu widmen.

Zwangswirtschaft durch neue Notverordnungen.

Berlin, 26. Mai. Das Reichsjustiz-, Wirtschafts- und Ernährungsministerium beabsichtigt, wie die Textilwoche erfährt, auf Grund des Ermächtigungsgesetzes dem Reichsrat viele Notverordnungen zur zwangswirtschaftlichen Regelung des Wirtschaftslebens vorzulegen.

Vom evangel. Bund.

Am 23. und 24. Mai fand in Berlin-Steglitz die diesjährige Versammlung des Gesamtverbandes des Evangel. Bundes zur Verabreichung des deutsch-protestantischen Interesses statt.

inländischer und ausländischer Gäste besucht. Die einleitende kirchliche Feier stand unter dem Leitwort: Um Glaube und Heimat. Der eigentlichen Tagung war das Thema zugrunde gelegt: Der Protestantismus im öffentlichen Leben Deutschlands.

Baden.

Das Preisausschreiben für Kleinstwohnungen.

Das badische Arbeitsministerium hatte vor kurzer Zeit einen Wettbewerb für Kleinstwohnungen unter badischen Architekten ausgeschrieben. Die Beteiligung war überaus groß. Es liefen im ganzen 167 Entwürfe ein. 6 Preise wurden verteilt und Einzelentwürfe angekauft.

Das Verfahren in den Gemeindegerechten.

pa Dem Landtag ist in diesen Tagen ein Gesetzentwurf zugegangen, der wichtige Änderungen des Verfahrens vor den Gemeindegerechten vorsieht. Die Zuständigkeit der Gemeindegerechte soll bis auf Streitwerte von 30000 Mark erhöht werden. Weiter ist vorgesehen, dem Bürgermeister im gemeindegerechtlichen Verfahren stützungsähnliche Befugnisse entsprechend den für das Verfahren von den ordentlichen Gerichten geltenden Vorschriften zu verleihen.

Aus Nah und Fern.

* Sinsheim, 27. Mai. Das Bezirksamt schreibt uns: mit Bezug auf die neuliche Notiz dieses Blattes betr. den Betrieb des Metzgers Hermann Heumann in Hoffenheim wird zur Beruhigung des Publikums mitgeteilt, daß die Metzgerei veterinärpolizeilich untersucht worden ist und daß der Betrieb den polizeilichen Anforderungen entspricht.

Mai ab erhalten; der Zeuge bis zu 2000 Mark für jede angefangene Stunde, der Sachverständige 4000 Mark für jede angefangene Stunde, bei besonders schwierigen Leistungen 4000 Mark. Die Höchstätze der Entschädigung für den durch Abwesenheit von dem Aufenthaltsort verursachten Aufwand betragen nunmehr 13000 Mark für jeden Tag, an welchem der Zeuge oder Sachverständige abwesend war, und 9000 Mark für jedes außerhalb genommene Nachtquartier.

* Sinsheim, 28. Mai. (Das neue 500-Mark-Hartgeld.) Von dem neuen 500-Mark-Hartgeld sollen insgesamt 90 Milliarden ausgegeben werden. Voraussichtlich werden auch 1000-Mark-Stücke geprägt werden.

r Neckarbischofsheim, 26. Mai. (Radfahrereife.) Unsere Stadt stand über Pfingsten in feierlicher Stimmung und war hübsch geschmückt. Sie hatte einen Fremdenbesuch, wie sie ihn lange nicht mehr gesehen hatte. Alles geschah dem Radfahrerverein zujubelnd, der sein 34. Stiftungsfest feierte, verbunden mit Straßenrennen, Korfahrt und Gantag.

* Rappena, 25. Mai. (Kinderschule.) Infolge der immer höher steigenden Verteuerung der Lebenshaltung hat sich der Vorstand der Kinderschule genötigt gesehen, das Kinderzuschlag abermals zu erhöhen und zwar auf 1000 Mark das Kind im Monat.

n Aus dem Schwarzbachtal, 27. Mai. (Mit dem Rübenfeste) wird allerorts begonnen. Die Pflanzen sind etwas zurückgeblieben gegen anderen Jahren, doch besteht die Möglichkeit, daß das fruchte Wetter ein gutes Wachstum unterstützt.

p Neckargartach, 27. Mai. („Treue Freunde.“) Der Musikverein Neckargartach machte dieser Tage einen Ausflug nach Eimental. Bei der Rückfahrt kam es zu einer großen Schlägerei, die erst ein Ende fand, als die Musik einsetzte und der Zug abmarschierte.

t Neunkirchen, 28. Mai. (Leichenländerung.) Der schon lange Jahre hier wohnhafte ledige Flächner Hermann Trost aus Eschelbach war seit 14 Tagen vermißt. Gestern wurde er in Neckargartach gelandet. Er soll von Mürtelstein aus auf den Geggling gegangen sein, von wo er nicht mehr zurückkehrte.

p Mannheim, 26. Mai. (Straßenbahnpreis-Erhöhung.) Der Fehlbetrag der Straßenbahn hat sich durch neuerliche Belastungen auf über zwei Milliarden jährlich erhöht. Zur Deckung dieser Summe ist eine weitere Erhöhung des Straßenbahntarifs erforderlich.

t Gaggenau, 26. Mai. (Einschreckliches Unglück) ereignete sich gestern in den Benzwerken. Der verheiratete 28 Jahre alte Arbeiter Emil Selbark aus Selbach geriet unter das Hammerwerk und wurde vom Hammer totgeschlagen. Selbark trat unvorsichtigerweise auf die Auslösevorrichtung des sog. Pressfallhammers, wodurch der Hammer herunterkam und Selbark sofort tötete.

b Oberacker, 28. Mai. (Unfall.) Ein von Mösbach kommendes Motorrad mit einer Dame wurde von dem um 6.45

Uhr in die Station einfallenden Zug erfasst und auf die Seite geschleudert. Der Führer und die Dame kamen zu Fall und trugen ziemlich erhebliche Verletzungen davon. Sodas sie mit dem nächsten Zug ins städtische Krankenhaus nach Achern überführt werden mußten.

© Schopfheim, 25. Mai. (Streik.) Die Arbeiter der Weberei und Spinnerei der Hofunion sind in einen Streik getreten, weil die Direktion einer Forderung des Betriebsrats, eine Arbeiterin zu entlassen, nicht nachgegeben war. Die Schloßerei und Schreinerei haben sich dem Streik nicht angeschlossen.

Aus dem Oberland, 28. Mai. (Obstaussichten.) Aus Trüben wird berichtet, daß dieses Jahr auffallender Weise die Birnbäume nicht blühen. Auch aus Obermetzingen wird gemeldet, daß die Birn- und Apfelbäume nur ganz spärlich geblüht haben. Dagegen stehen die Zwetschgenbäume schon da. Von Blauswald wird berichtet, daß die kalten Tage der letzten Wochen den Blüten der Heidelbeeren sehr geschadet haben und ein großer Teil erstoren ist.

t Ronstanz, 28. Mai. (Zu dem schweren Bootsunfall), das sich, wie berichtet, an den Pfingsttagen auf dem Bodensee ereignet hat, und das drei junge Menschen das Leben kostete, wird noch gemeldet: Das Unglück hätte sich bei einiger Vorsicht vermeiden lassen. Die drei Pforzheimer kaufmännischen Angestellten Zobel, Pfeiffer und Ubrich waren nachmittags 4 Uhr mit einem Boot nicht sehr weit in den See hinausgefahren und hielten sich bei der Einfahrt in dem Friedrichshafen Dampferhafen auf, obwohl sich drei Bodenseedampfer der Einfahrt näherten. Sie fuhren in die Kiellinie eines dieser Dampfer hinein, um sich von den hohen Wellen schaukeln zu lassen. Sie hielten sich, statt die Wellen nur zu durchschneiden, parallel mit den Wellen, das Boot wurde weggerissen und die Bootsinsassen fielen ins Wasser. Da sie des Schwimmens unkundig waren, versanken sie schnell.

b Schwenningen, 28. Mai. (Menschenjäger.) Am Pfingstmontag kehrte ein Verein vom letzten Zug von Bilingen nach Schwenningen heim. Unterwegs holte ein Kraftwagen die Leute ein und der Wagenführer lud zwei Mädchen ein, mit nach Schwenningen zu fahren, was angenommen wurde. Das Auto fauchte aber durch Schwenningen durch. Die Mädchen nichts Gutes ahnend, sprangen auf dem Weg nach Dürheim aus dem Wagen und blieben schwerverletzt liegen, während das Auto davonfuhr.

t Oberriesheim, 25. Mai. (Pferdediebstahl.) In der Nacht zum 3. auf 4. Mai ist aus dem Stall des Josef Krauth Landwirt ein wertvolles Pferd, belgische Rappstute gestohlen worden.

Stimmen aus dem Leserkreis.

Für die unter dieser Abteilung erscheinenden Artikel übernimmt die Schriftleitung lediglich die proofgeistliche Verantwortung.

Sinsheim, 26. Mai. Den beiden Einfindern gestattet sich die Leitung des Sportvereins ganz ergebensten Dank zu sagen für die begrüßenswerte Anteilnahme und Sorge um unsere Sporttätigkeit. In der betreffenden Angelegenheit werden von der Vereinsleitung sofort die nötigen Maßnahmen zwecks Abstellung solcher Vorkommnisse getroffen. Es steht wirklich gut um unsere Sache, da wir sogar im Verborgenen so tüchtige Mitarbeiter besitzen und können wir uns dazu nur selbst beglückwünschen. Wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß uns diese beiden Mitarbeiter auch in Zukunft ihre Hilfe zur Förderung unserer guten Sache nicht verweigern mögen zum Nutz und Frommen eines guten und gesunden Sportes. Ich sei, gedührt mir die Bitte, in Eurem Bunde der Dritte.“ Der Sportrat.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Nr. 31. Die Festsetzung des Werts der Sachbezüge betr. Auf Grund des § 5 des Gesetzes zur Erhaltung leistungsfähiger Krankenkassen v. 27. 3. 23 (R. G. Bl. S. 225) und Abf. 3 des Erlasses des Herrn Arbeitsministers v. 28. 4. 23 Nr. 18865 wird der Wert der Sachbezüge der nach der Reichsversicherungsordnung versicherungspflichtigen Personen mit Wirkung vom 1. Juni 1923 auf 2000 Mk. neu festgesetzt. Wegen der Verteilung dieser Beträge auf die einzelnen Haushalten z. gilt unsere Bekanntmachung vom 17. Februar 1923. Sinsheim, den 24. Mai 1923. Badisches Bezirksamt. - Versicherungsamt.

Nr. 32. Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche betr. Nachdem in Kirchart im Stalle des Wilhelm Menold die Maul- und Klauenseuche wieder erloschen ist, werden die getroffenen Maßnahmen aufgehoben. Sinsheim, den 25. Mai 1923. Badisches Bezirksamt.

Neuregelung des Steuerabzugs.

Mit Wirkung vom 1. Juni 1923 an tritt folgende Aenderung ein: Der einzubehaltende Steuerbetrag von 10 vom Hundert des Arbeitslohnes ermäßigt sich

- 1. für den Steuerpflichtigen und für seine zu seiner Haushaltung zählende Ehefrau: a) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Monate um je 1200 Mark monatlich, b) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Wochen um je 288 Mark wöchentlich, c) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Arbeitstage um je 48 Mark täglich, d) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für kürzere Zeiträume um je 12 Mark für je zwei angefangene oder volle Arbeitsstunden; 2. für jedes zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende minderjährige Kind im Sinne des § 17 Abf. 2: a) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Monate um 8000 Mark monatlich, b) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Wochen um 1920 Mark wöchentlich, c) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Arbeitstage um 320 Mark täglich, d) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für kürzere Zeiträume um 80 Mark für je zwei angefangene oder volle Arbeitsstunden; Kinder im Alter von mehr als 17 Jahren, die Arbeits-einkommen beziehen, werden nicht gerechnet; 3. zur Abgeltung der nach § 13 Abf. 1 Nr. 1 bis 7 zulässigen Abzüge: a) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Monate um 10000 Mark monatlich, b) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Wochen um 2400 Mark wöchentlich, c) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Arbeitstage um 400 Mark täglich, d) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für kürzere Zeiträume um 100 Mark für je zwei angefangene oder volle Arbeitsstunden. Auf Antrag ist eine Erhöhung dieser Beträge zuzulassen, wenn der Steuerpflichtige nachweist, daß die ihm zustehenden Abzüge im

Sinne des § 13 Abf. 1 Nr. 1 bis 7 den Betrag von monatlich 100000 Mark um mindestens 10000 Mark monatlich übersteigen. Ueber den Antrag entscheidet das Finanzamt. Stehen Abzüge in wirtschaftlichem Zusammenhange mit anderem Einkommen als Arbeitslohn, so sind sie zunächst von dem anderen Einkommen abzusetzen; nur insoweit diese Abzüge das andere Einkommen übersteigen, sind sie in die Abgeltung einbegriffen. Sinsheim, den 26. Mai 1923. Finanzamt.

Bewertung der Sachbezüge für den Steuerabzug.

Auf Anordnung des Reichsfinanzministers wird die Bewertung der Sachbezüge für den Steuerabzug im Bezirke des Landesfinanzamts Karlsruhe neu geregelt. Mit Wirkung vom 1. Juni 1923 an ist die volle freie Station (Verköstigung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung) folgendermaßen zu bewerten:

- a) für weibliche Hausangestellte, Lehrlinge, Lehrmädchen und sonstige gering bezahlte weibliche Arbeitskräfte mit täglich 2000 Mk., wöchentlich 14000 Mk., monatlich 60000 Mk., jährlich 720000 Mk.; b) für männliche Hausangestellte, Knechte, männliche und weibliche Gewerbegehilfen und für Personen, die der Angestelltenversicherung unterliegen, mit täglich 2600 Mk., wöchentlich 18600 Mk., monatlich 80000 Mk., jährlich 960000 Mk.; c) für Angestellte höherer Ordnung (z. B. Ärzte, Apotheker, Hauslehrer, Hausdamen, Geschäftsführer, Werkmeister, Güteinspektoren) mit täglich 3300 Mk., wöchentlich 23300 Mk., monatlich 100000 Mk., jährlich 1200000 Mk. Wird keine Wohnung (mit Heizung und Beleuchtung), sondern nur freie Verpflegung gewährt, so betragen die Wertansätze nur 5/6 der oben bekannt gegebenen. Karlsruhe, den 24. Mai 1923. Landesfinanzamt, Abteilung für Besitz- und Verkehrssteuern. Dr. Gutmann.

Advertisement for Herrenstoffe (Men's fabrics) by Bührle & Rapp, Mannheim. It features a decorative border and text: 'Nur en gros Herrenstoffe jeglicher Art. Gefällige flotte Artikel offerieren zu günstigen Preisen. Bührle & Rapp, Mannheim Max-Josefsstraße 9.' Below this is an advertisement for Kukirol, a skin medicine: 'Kukirol Hornhaut, Schwielen und Warzen beseitigt schnell, sicher, schmerz- und gefahrlos. In viel Millionen Fällen glänzend bewährt. In Apoth. u. Drogerien erhältlich. Gegen Brennen, Fußschweiß u. Wundlaugen Kukirol-Fußbad. Drogerie A. Engel.'

Advertisement for HAPAG (Hamburg-Amerika Linie) shipping services. It includes an illustration of a ship and text: 'HAMBURG-AMERIKA LINIE UNITED AMERICAN LINES INC. Nach NORD-, ZENTRAL- UND SÜD-AMERIKA AFRIKA, OSTASIEN USW. Billige Beförderung über deutsche und ausländische Häfen. Hervorragende III. Klasse mit Speise- und Rauchaal. Erstklassige Salon- u. Kajütendampfer. Etwa wöchentliche Abfahrten von HAMBURG NACH NEW YORK. Auskünfte und Drucksachen durch HAMBURG-AMERIKA LINIE HAMBURG und deren Vertreter. Sinsheim: Hermann Betsch, Hauptstr. 304. Telefon 127.'

Advertisement for Steckenpferd-Seeife (Horse soap). It features an illustration of horses and text: 'Ein ordentlicher Junge kann zur Erlernung der Bäckerei und Conditorei sofort eintreten. Conditorei-Café Schmidt Neckarbischofsheim. Steckenpferd-Seeife die beste Lillienmilchseife. f. zarte, weisse Haut und blend. schönen Teint. Ferner macht „Dada-Cream“ rote und spröde Haut weiss u. sammetweich. Überall zu haben. Apoth. Dr. C. Kleffer. Engel-Drog. A. Engel. Wilh. Geiß, Seifensieder.'

Advertisement for Violinen (Violins) and other musical instruments. It includes text: 'Violinen Großes Lager von Schüler- und Meistergeigen sehr preiswert. Lauten, Gitarren, Mandolinen billig. Neuenheimer Musikhaus Heidelberg Brückenstrasse 8. Lästige Haare Damen-Bärte entfernt schmerzlos Pulver „Odin“. Zu haben bei A. Engel, Engel-Drogerie.'